

Neue Normalität nach Ferien

Von Florian Schlecht



Ab dem 17. August werden alle rheinland-pfälzischen Schüler wieder im Klassenverband unterrichtet

Rheinland-Pfalz. In den Klassen gelten keine Abstandsregeln mehr, es gibt regelmäßige Noten, alle Kinder sollen in den Schulen lernen und alle Lehrer in den Unterricht zurückkehren: Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) stellte in Mainz vor, wie der Unterricht in den rheinland-pfälzischen Schulen nach den Sommerferien trotz Corona-Krise laufen soll. „Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Bildung, und sie haben ein Recht auf den Sozialraum Schule“, sagte Hubig. Alle Schüler sollen daher ab dem 17. August wieder in den gewohnten Klassen lernen. Abstandsregeln von 1,50 Metern gelten nur auf dem Pausenhof, nicht in den Klassenzimmern. In Fluren und Treppenhäusern müssen Kinder und Jugendliche einen Mund- und Nasen-Schutz tragen.

Bei Lehrern reicht es künftig nicht mehr aus, zur Risikogruppe zu gehören, um der Schule fernzubleiben. In Rheinland-Pfalz fehlten zuletzt rund 6000 Lehrer im Präsenzunterricht. Dürfen Schüler nicht in die Schule, weil ein Arzt sie für infektionsgefährdet hält, räumt das Land ihnen ein Recht auf Fernunterricht ein, der genauso umfassend sein muss wie das Lernen in der Klasse. Die Lehrer hält das Land daher zu Fortbildungen an, die Schulen dazu, digitale Plattformen zu nutzen. Hubig schließt nicht aus, dass Unterricht für betroffene Kinder auch gestreamt werden könnte. Mit 24 Millionen Euro vom Bund will das Land zusätzliche Tablets und Notebooks anschaffen, um sie Schülern aus sozial schwächeren Familien auszuleihen. Noten

und Sitzenbleiben sollen ab dem nächsten Schuljahr wieder gelten wie vor der Corona-Krise. An jeder Schule fordert die Landesregierung künftig einen Hygienebeauftragten.

Forderungen der Lehrgewerkschaften, auf kleinere Klassen zu setzen, wies Hubig zurück. „Wir können nicht in kurzer Zeit doppelt so viele Räume bauen und doppelt so viele Lehrer einstellen“, sagte sie. Das Infektionsgeschehen in Rheinland-Pfalz verantwortete es, regulären Unterricht zuzulassen.

Der Mainzer Virologe Bodo Plachter sagte, bisherige Studien ließen den Schluss zu, dass Schulen keine Hotspots für die Ausbreitung des Coronavirus seien. „Nach heutigem Wissensstand sind Kinder keine Superspreader“, erklärte auch der Kinderarzt Fred Zepp, Direktor des Zentrums für Kinder- und Jugendmedizin an der Universitätsmedizin Mainz. Er warnte davor, Schüler noch länger vom Unterricht fernzuhalten. „Kinder sind soziale Wesen, brauchen die Anregung von Gleichaltrigen und die Freude an Bewegung. Wenn sie zu Stubenhockern werden, drohen der Generation gesundheitliche Folgen“, sagte er.

Hubig betonte: Steigen die Infektionszahlen wieder an, tritt das Land auf die Bremse. Das Szenario sieht dann einen eingeschränkten Regelbetrieb vor, bei dem sich Präsenzunterricht mit höchstens 15 Schülern pro Gruppe und häusliches Lernen abwechseln. So sah Unterricht zuletzt in Rheinland-Pfalz aus. Grassiert das Virus unter Schülern oder steigen in einer Kommune die Krankheitsfälle deutlich an, könnten Schulen vorübergehend wieder ganz schließen und Kinder vollständig in den Fernunterricht gehen.

Kritik äußerte die Bildungsgewerkschaft GEW. Landeschef Klaus-Peter Hammer monierte, das Konzept des Landes komme viel zu spät. „Den Schulen wird ein Druck aufgebaut, dem sie kaum gerecht werden können. In den sechs Wochen Sommerferien ist es unmöglich, dass alle Lehrer die Plattformen und digitalen Unterricht beherrschen.“ Bei den Risikogruppen unter den Lehrern, moniert Hammer, „wünschte ich mir, diese wären mit ihren Ängsten stärker berücksichtigt worden“.

„Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Bildung, und sie haben ein Recht auf den Sozialraum Schule.“

Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) erklärte, die Infektionszahlen seien auf ein Niveau gefallen, das nach den Sommerferien eine Rückkehr zum Präsenzunterricht für alle Schüler wieder möglich mache.